

*Aus eigener Tasche bezahlt – jede Unterstützung ist willkommen*



18.02.2026 – Ausgabe Volle Lading Groep

S. 4

**Soap  
rond  
um  
HPH**

**Douane  
actie**



Seite 7

**in 5 Ländern  
Hafenstreik**

**Gegen  
Krieg**

S. 8

## **Grundsatz vereinbarung RST**

**2 % Lohnerhöhung,  
Zuschlag für  
Schichtarbeit um 2  
% erhöht**

Bei RST wurde eine Grundsatzvereinbarung für den neuen Tarifvertrag geschlossen. Die Laufzeit beträgt ein Jahr. Mit Inkrafttreten am 1. Januar 2026 werden die Löhne um 2 % über die Preisausgleichszahlung hinaus angehoben. Der Zuschlag für den Schichtbetrieb steigt von 30 auf 32 % und für die anderen Schichtdienste wird der Zuschlag um 0,5 % erhöht.

**Jugendlöhne abgeschafft  
BBL-Mitarbeiter teilweise unter dem  
Tarifvertrag**

Für Jugendliche wurden einige zusätzliche Verbesserungen erzielt, was für die Einheit zwischen Alt und Jung wichtig ist. Jugendliche erhielten von ihrem 18. bis zu ihrem 23. Lebensjahr einen niedrigeren Lohn.



als ältere Arbeitnehmer. Das wird abgeschafft. Allerdings werden drei niedrigere Gehaltsstufen in die Gehaltsstruktur für ältere Arbeitnehmer aufgenommen, was weniger positiv ist. Konkret bedeutet dies, dass neue Kollegen zehn statt sieben Jahre brauchen, um in die höchste Gehaltsstufe zu gelangen. Für junge Menschen ist dies ein Fortschritt, für den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ jedoch ein Rückschritt. Ein Teil des Tarifvertrags gilt künftig auch für die BBL-Mitarbeiter. Sie werden Rentenansprüche erwerben, Urlaubsgeld erhalten und Zulagen für Überstunden, Schichtarbeit und Arbeit an Feiertagen bekommen. Die Forderung, dass der gesamte Tarifvertrag für die BBL-Mitarbeiter gelten sollte, war berechtigt. Diese Forderung könnte nächstes Jahr erneut auf den Tisch kommen.

### **Kampfbereitschaft bewahren**

Ob die Grundsatzvereinbarung den Kräfteverhältnissen entspricht, lässt sich derzeit noch nicht sagen.

Denn anders als bei den Sjorders und APMT MVII wurde keine langfristige Aktion durchgeführt. Es war jedoch klar, dass eine große Bereitschaft zum Handeln bestand, was sich positiv auf das Ergebnis ausgewirkt haben dürfte. Die Kollegen werden in einem Referendum über das Ergebnis abstimmen.

Die Geschäftsführung wollte ursprünglich einen Vierjahres-Tarifvertrag, die Gewerkschaftsmitglieder forderten einen Zweijahresvertrag. Im Januar änderte die Geschäftsführung ihre Meinung und wollte aufgrund der „unsicheren Zeiten“ einen Einjahresvertrag. Da es nicht möglich war, sich für vier Jahre Ruhe zu kaufen, wurde der Schaden für die Aktionäre vorläufig auf ein Jahr begrenzt. Was sollen wir von diesen „unsicheren Zeiten“ halten? Für eine Geschäftsleitung ist es leicht, Jahreszahlen zu manipulieren und mit dem Weggang von Kunden zu drohen. Die Kollegen von RST tun gut daran, ihre Kampfbereitschaft zu bewahren: Sie könnte schneller gebraucht werden, als man denkt!



# Stoppt die Militarisierung des Hafens!

Die Militarisierung der Gesellschaft schreitet rasch voran. Kriegspropaganda ist allgegenwärtig. Soldaten drängen in Schulen und Universitäten, um Rekruten zu werben – oder sollten wir eher Kanonenfutter sagen? Pensionsfonds und Banken werden aufgefordert, in die Kriegsindustrie zu investieren. Die Armee hat Vereinbarungen mit 14 Krankenhäusern getroffen, um im Notfall medizinische Teams zur Verfügung zu stellen. Die Luftwaffe trainierte zum ersten Mal mit F-35-Kampfflugzeugen auf dem Flughafen Schiphol. Wir alle erhielten eine Broschüre über Notfallpakete.

Auch im Transportwesen greift die Militarisierung um sich, insbesondere im Hafen. In Vlissingen ist das Gelände für den Militärtransport in einem einwandfreien Zustand. Die militärische Eisenbahninfrastruktur in Rotterdam-Nord und Waalhaven-Süd wird ausgebaut. Militärtransporte auf der Schiene haben bei Eilfahrten Vorrang vor anderem Schienenverkehr. Ein militärisches Treibstoffdepot in Poortugaal wird um neun Hektar erweitert.

Im Hafen finden ständig militärische Übungen statt. Der Albrandswaard ist ein neues „Tieffluggebiet“. In Zusammenarbeit mit den Hafenbetrieben sollen Kriegstransporte in Rotterdam reibungslos ablaufen. Westlich von

Der Euromax-Terminal von ECT wird sogar zu einem neuen Terminal ausgebaut, der ausschließlich für den Transit von militärischem Material und Munition bestimmt ist.

Anfang Februar fanden hinter verschlossenen Türen Gespräche zwischen dem Verteidigungsministerium und Vertretern des Rotterdamer Hafens über Investitionen in die Hafeninfrastruktur statt. Außerdem wurde eine Untersuchung eingeleitet, welchen Beitrag die chemische Industrie im Hafen von Rotterdam zur Herstellung von Munition und hochentwickelten Materialien leisten kann. Die Großkapitalisten dürfen sich ausgiebig aus dem Verteidigungsbudget bedienen.

Wenn die arbeitenden Menschen in den Niederlanden und dem Rest der Welt nicht aufstehen, steuern wir auf einen Krieg zu. Regionale Kriege nehmen zu und werden intensiver, ein Weltkrieg droht. Aber ohne arbeitende Menschen gibt es keine Soldaten, ohne arbeitende Menschen keine Kriegsproduktion, ohne arbeitende Menschen keine Kriegstransporte.

**Unsere Jugendlichen  
sind kein Kanonenfutter  
Stoppt die  
Kriegsvorbereitungen Arbeiter  
schießen nicht auf Arbeiter!**

Fortsetzu  
ng auf  
Seite 4

# Seifenoper um HPH

Die Seifenoper rund um HPH (mit Sitz in Hongkong, Eigentümer zahlreicher Containerterminals – darunter ECT) ist noch lange nicht zu Ende. Der Verlauf ist eine Lektion in imperialistischer Konkurrenz. Die USA verhalten sich aggressiver und scheuen auch vor Waffengewalt nicht zurück. Sie dachten, ihren Rückstand im Containertransport mit einem Schlag wettmachen zu können, indem MSC (italienisch/schweizerisch) und BlackRock (amerikanisch) die 43 nicht in China gelegenen Terminals von HPH für 23 Milliarden Dollar übernehmen würden. Als Bonus würden die USA dann zwei Containerterminals am Panamakanal in ihren Einflussbereich ziehen. Das ist nicht unwichtig, denn nicht umsonst drohte Trump mit der militärischen „Rückeroberung“ des strategisch so wichtigen Kanals.

Die chinesischen Imperialisten ließen sich das nicht gefallen. Sie verhängten nicht nur Strafmaßnahmen gegen HPH, sondern verboten auch die Fusion. Verhandlungen, bei denen COSCO ein großes Mitspracherecht erhalten sollte, verliefen im Sande. In der Zwischenzeit erklärte CMA-CGM, dass auch sie einen Anteil an der Abspaltung haben wolle. HPH prüft nun, ob die nicht-chinesischen Terminals

Terminals einzeln verkauft werden können. Inzwischen hat der Oberste Gerichtshof Panamas entschieden, dass der Pachtvertrag zwischen HPH und dem panamaischen Staat für die beiden Terminals am Panamakanal ungültig ist. Maersk hat sofort seine Absicht bekundet, diese Terminals zu betreiben, und die panamaische Regierung hat dem umgehend zugestimmt – es kann nicht anders sein, als dass dies alles hinter den Kulissen bereits vorbereitet war. HPH hat daraufhin rechtliche Schritte angekündigt.

Sogenannte unabhängige Marktaufsichtsbehörden und Richter verfolgen die Interessen des einen oder anderen Imperialisten. Es werden Milliarden ausgegeben. Es droht Waffengewalt. Es geht um die Neuaufteilung der Einflussphären. Die Arbeiter, die an den HPH-Terminals arbeiten – also auch die Kollegen bei ECT – haben dabei nichts zu gewinnen, andere Arbeiter übrigens auch nicht.

Arbeiter haben andere Interessen: Frieden und gute Arbeitsbedingungen in einer Gesellschaft, in der nicht die Großkapitalisten und Kriegstreiber das Sagen haben.

# Abbau von Gesundheits- und Sozialleistungen um Krieg zu führen

Nur wenige Hafenarbeiter sind von der neuen Regierung begeistert. Die Gewerkschaft FNV Havens veröffentlichte eine ganze Liste von Maßnahmen, die die Hafenarbeiter betreffen werden. Der Sektorenrat Häfen wird um ein Mandat gebeten werden, *„mit groß angelegten Aktionen und Streiks in den Kampf zu ziehen. Darüber hinaus suchen wir aktiv die Zusammenarbeit mit dem Transportsektor und anderen Sektoren im Land.“*

Die neue Regierung will die Sozialversicherung (um sechs Milliarden) und das Gesundheitswesen (um zehn Milliarden) zerstören. Die Belastungen werden durch den „Freiheitsbeitrag“ (eine Kriegsteuer in Höhe von 3,6 Milliarden) noch erhöht. All dies, um die Vorbereitungen für den Krieg zu finanzieren. Die Regierung Jetten will im nächsten Jahr zwei Milliarden Euro zusätzlich für das Militär ausgeben, und dieser Betrag soll auf über 19 Milliarden Euro anwachsen.

## **Nicht das Land der Arbeiter**

Die Politik von Faber, Wiersma und Keijzer wird im Großen und Ganzen fortgesetzt: Abbau der Rechte von Menschen, die vor Krieg, Diktatur, Hunger und Umweltzerstörung fliehen, Fortsetzung der Zerstörung der Umwelt, Subventionen für Umweltverschmutzer auf Kosten der Arbeitnehmer, falsche Versprechungen über den Bau bezahlbarer Wohnungen.

Die Polizei und die Bereitschaftspolizei erhalten eine halbe Milliarde zusätzlich, um die „öffentliche Ordnung“ zu überwachen. Die Gesetzgebung für die Nachrichtendienste wird weiter gelockert, das Demonstrationsrecht wird eingeschränkt. Der Widerstand muss unterdrückt werden. Das ist nicht Das Land, in dem sich Arbeitnehmer zu Hause fühlen – dafür müssen groß angelegte Aktionen und Streiks stattfinden.

Fortsetzu  
ng auf  
Seite 7

## Grundsätze De Volle Lading

1. Mit offensiven Forderungen setzen wir uns für die Interessen der Hafentarbeiter und der Jugendlichen ein, die im Hafen arbeiten werden.
2. Wir helfen dabei, den Kampf für diese Interessen zu organisieren, unter anderem durch die vierwöchentliche Ausgabe von De Volle Lading.
3. Wir arbeiten demokratisch. Jeder kann seinen Beitrag leisten. Freunde, die den Kampf der Hafentarbeiter unterstützen, sind willkommen.
4. Wir setzen uns für Gewerkschaften ein, die kämpferisch und demokratisch für die Interessen der Arbeitnehmer eintreten.
5. Wir sind unabhängig, auch finanziell. Wir akzeptieren nur finanzielle Beiträge, wenn sie ohne Bedingungen gewährt werden.
6. Wir sind offen für Ideen über eine andere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen – das gibt unserem Kampf eine Richtung.
7. Wir arbeiten daran, die internationale Solidarität der Hafentarbeiter zu stärken.

## Unterstützen Sie De Volle Lading

Über diesen QR-Code können Sie einen Betrag als Unterstützung überweisen. Vielen Dank im Voraus!



NL54INGB0004428359 unter Angabe von „DVL“

**De Volle Lading** ist eine Veröffentlichung der De Volle Lading-Gruppe – von Kollegen für Kollegen im Hafen. Bei De Volle Lading kannst du lernen, gegen Ungerechtigkeit und gegen die Ursache der Ungerechtigkeit zu kämpfen: den Kapitalismus. Und wirf ruhig etwas Geld zur Unterstützung in den Topf. De Volle Lading arbeitet ohne Subventionen – denn wir wollen unabhängig bleiben.

[www.vollelading.nl](http://www.vollelading.nl)

[info@vollelading.nl](mailto:info@vollelading.nl)

Telefon: **06-42492000**

**06-40393842**

Wer De Volle Lading alle vier Wochen kostenlos per E-Mail erhalten möchte: Senden Sie diese Anfrage per E-Mail an [info@vollelading.nl](mailto:info@vollelading.nl)

## **Das Land der Großkapitalisten und ihrer politischen Handlanger**

RTV Rijnmond schrieb auf seiner Website: „Die Gemeinde Rotterdam und die Hafenunternehmen stehen den Plänen der neuen Koalition aus D66, CDA und VVD positiv gegenüber ... in denen viele Wünsche der Hafenlobby enthalten sind ...“. Hafenstadtrat Robert Simons ist zufrieden: „Die Koalitionsvereinbarung zeigt, dass unsere gemeinsame Lobbyarbeit Wirkung gezeigt hat. Das können wir gemeinsam als einen wichtigen Schritt nach vorne betrachten.“ Auch Boudewijn Siemons, CEO der Hafenbehörde Rotterdam, steht den Plänen positiv gegenüber. Stadtrat Simons (Leefbaar Rotterdam) macht sich zum Sprachrohr der Hafenunternehmen, ohne ein Wort über den sozialen Abbau und die Kriegsvorbereitungen zu verlieren.

Dies ist das Land, in dem sich die Großkapitalisten zu Hause fühlen – und ihre politischen Handlanger. Aber die arbeitenden Menschen können gemeinsam das Blatt wenden.

---

## **Zollbeamte in Aktion**

### **Beamte im Kampf gegen die Nullrunde**

Bereits dreimal hat der Zoll im Rotterdamer Hafen Streikmaßnahmen durchgeführt.

Am 14. Januar wurden zwei Stunden lang 100 % der Sendungen bei Euromax und am 23. Januar bei RWG kontrolliert. Am 9. Februar wurde mit Aktionen in den Häfen von Rotterdam und Vlissingen sowie am Flughafen Schiphol noch eine Schippe draufgelegt.

Die Zollbeamten sind von einer der Sparmaßnahmen

der Regierung Schoof getroffen: eine Nullrunde für die Beamten (165.000 Menschen) im Jahr 2026.

Die Regierung Jetten ist doch nicht so anders, denn sie macht diese Sparmaßnahme nicht rückgängig.

Durch die Nullrunde wird die Kaufkraft der Beamten in diesem Jahr weiter geschmälert. Zu Recht wehren sie sich dagegen.

Hafenarbeiter können ihre Solidarität mit den Zollbeamten und deren Aktionen bekunden. Auch die Staatsbeamten haben das Recht, gegen die Nullrunde zu kämpfen.

Streiken ist besser als kontrollieren. Gewerkschaftsabteilungen können Solidaritätsbotschaften senden.

# **Hafenarbeiter** arbeiten nicht für **Krieg** – **große Arbeitsniederlegung** in Piräus und andere **Aktionen**

In der letzten Ausgabe von Volle Lading veröffentlichten wir den Aufruf von fünf Hafenarbeitergewerkschaften aus Griechenland, Italien, dem spanischen Baskenland, Marokko und der Türkei zu einem Aktionstag am 6. Februar. Unter dem Motto „Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg“ richtete sich die Aktion gegen die Militarisierung der Häfen, den Abbau von Arbeitsbedingungen und die militärische Unterstützung Israels. Der Aufruf fand breite Resonanz. Neben Arbeitsniederlegungen in Spanien und Italien fiel vor allem die Aktion in Piräus auf. Piräus ist der wichtigste Hafen Griechenlands und befindet sich zum Großteil im Besitz von COSCO.

Wochenlang wurde der Aktionstag von verschiedenen Gewerkschaften, der Solidaritätsbewegung gegen den israelischen Völkermord in Palästina und Friedensaktivisten vorbereitet. Am 6. Februar legten die Hafenarbeiter in Piräus die Arbeit nieder. Seeleute, Bauarbeiter, Werftarbeiter, Arbeiter der Raffinerien und anderer Industrien schlossen sich an. Auch in Italien kam es zu Arbeitsniederlegungen. Welche Aktionen genau in den Häfen im Baskenland, in Marokko und in der Türkei durchgeführt wurden, ist noch unklar. In Hamburg wurde im Hafen und im Stadtzentrum demonstriert.

## **Arbeiter können den Krieg verhindern**

Kriege und bewaffnete Konflikte nehmen zu. Alle imperialistischen Länder bereiten sich vor und rüsten auf. Ihnen geht es darum, Einflussbereiche und Rohstoffe zu erobern und zu schützen. Das gilt auch für die europäischen Imperialisten – einschließlich der Niederlande. Ein Hafenarbeiter sagte uns: „*Sie streiten sich, und wir müssen dafür bezahlen und zu den Waffen greifen.*“ Es sind die Arbeiter, die das verhindern können. Das hat die Aktion am 6. Februar deutlich gemacht.

